

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enzthal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag des C. Meißner'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

### Anzeigenpreis:

Die einpolige Zeile für 100, die zweipolige für 120, die dreipolige für 150, die vierpolige für 180, die fünfpolige für 210, die sechspolige für 240, die siebepolige für 270, die achteppolige für 300, die neunepolige für 330, die zehnepolige für 360, die elfepolige für 390, die zwölfpolige für 420, die dreizehnpolige für 450, die vierzehnpolige für 480, die fünfzehnpolige für 510, die sechzehnpolige für 540, die siebenzehnpolige für 570, die achtzehnpolige für 600, die neunzehnpolige für 630, die zwanzigpolige für 660, die einundzwanzigpolige für 690, die zweiundzwanzigpolige für 720, die dreiundzwanzigpolige für 750, die vierundzwanzigpolige für 780, die fünfundzwanzigpolige für 810, die sechsundzwanzigpolige für 840, die siebenundzwanzigpolige für 870, die achtundzwanzigpolige für 900, die neunundzwanzigpolige für 930, die dreißigpolige für 960, die einunddreißigpolige für 990, die zweiunddreißigpolige für 1020, die dreiunddreißigpolige für 1050, die vierunddreißigpolige für 1080, die fünfunddreißigpolige für 1110, die sechsunddreißigpolige für 1140, die siebenunddreißigpolige für 1170, die achtunddreißigpolige für 1200, die neununddreißigpolige für 1230, die vierzigpolige für 1260, die einundvierzigpolige für 1290, die zweiundvierzigpolige für 1320, die dreiundvierzigpolige für 1350, die vierundvierzigpolige für 1380, die fünfundvierzigpolige für 1410, die sechsundvierzigpolige für 1440, die siebenundvierzigpolige für 1470, die achtundvierzigpolige für 1500, die neunundvierzigpolige für 1530, die fünfzigpolige für 1560, die einundfünfzigpolige für 1590, die zweiundfünfzigpolige für 1620, die dreiundfünfzigpolige für 1650, die vierundfünfzigpolige für 1680, die fünfundfünfzigpolige für 1710, die sechsundfünfzigpolige für 1740, die siebenundfünfzigpolige für 1770, die achtundfünfzigpolige für 1800, die neunundfünfzigpolige für 1830, die sechzigpolige für 1860, die einundsechzigpolige für 1890, die zweiundsechzigpolige für 1920, die dreiundsechzigpolige für 1950, die vierundsechzigpolige für 1980, die fünfundsechzigpolige für 2010, die sechsundsechzigpolige für 2040, die siebenundsechzigpolige für 2070, die achtundsechzigpolige für 2100, die neunundsechzigpolige für 2130, die siebenzigpolige für 2160, die einundsiebzigpolige für 2190, die zweiundsiebzigpolige für 2220, die dreiundsiebzigpolige für 2250, die vierundsiebzigpolige für 2280, die fünfundsiebzigpolige für 2310, die sechsundsiebzigpolige für 2340, die siebenundsiebzigpolige für 2370, die achtundsiebzigpolige für 2400, die neunundsiebzigpolige für 2430, die achtzigpolige für 2460, die einundachtzigpolige für 2490, die zweiundachtzigpolige für 2520, die dreiundachtzigpolige für 2550, die vierundachtzigpolige für 2580, die fünfundachtzigpolige für 2610, die sechsundachtzigpolige für 2640, die siebenundachtzigpolige für 2670, die achtundachtzigpolige für 2700, die neunundachtzigpolige für 2730, die neunzigpolige für 2760, die einundneunzigpolige für 2790, die zweiundneunzigpolige für 2820, die dreiundneunzigpolige für 2850, die vierundneunzigpolige für 2880, die fünfundneunzigpolige für 2910, die sechsundneunzigpolige für 2940, die siebenundneunzigpolige für 2970, die achtundneunzigpolige für 3000, die neunundneunzigpolige für 3030, die hundertpolige für 3060, die einundhundertpolige für 3090, die zweiundhundertpolige für 3120, die dreiundhundertpolige für 3150, die vierundhundertpolige für 3180, die fünfundhundertpolige für 3210, die sechsundhundertpolige für 3240, die siebenundhundertpolige für 3270, die achtundhundertpolige für 3300, die neunundhundertpolige für 3330, die tausendpolige für 3360.

Gerichtlicher Anzeiger Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

Nr. 44.

Neuenbürg, Donnerstag, den 22. Februar 1923.

81. Jahrgang.

### Deutschland.

**Sellenkirchen, 21. Febr.** Das Warenhaus Klöber ist wegen der verweigerten Warenabgabe an die Besatzung geschlossen worden. Die im Haus anwesende Kaufkraft wurde hinausgeschoben. Die Franzosen erklärten, sie würden das Warenhaus in einen Versteck umwandeln. — Zwei Mädchen aus Remscheid, die sich in Venedig mit Franzosen amüsiert hatten, mußten infolge der drohenden Diktierung der Venetianer Bevölkerung unter militärischem Schutz zum Hüge gebracht werden. Mitglieder des „Scherefflubs“ folgten ihnen nach dem unbesetzten Venetianer und schnitten ihnen die Haare ab. Von der Bevölkerung wurden sie dann barhäupt durch die Straßen getrieben.

**Berlin, 21. Febr.** Im Reichsministerium des Innern haben die „Deutsche Postzeitung“ berichtet, Verhandlungen mit den Gewerkschaften über die Frage einer Urlaubserleichterung für die Beamten stattgefunden. Die Urlaubserleichterung soll für die Beamten aller Dienstgrade und aller Dienstalter bereits in diesem Jahr eintreten und ohne Unterschied drei Tage betragen. Eine Kostenerparnis aus der beabsichtigten Urlaubserleichterung wurde von den Organisationsvertretern bestritten, weil die im Dienst verbleibenden Beamten die Arbeit der Urlaubserleichterung mitübernehmen müssen.

**Berlin, 21. Febr.** Der „Tempo“ stellt in seiner Ausgabe vom 18. Februar die Behauptung auf, daß die Alliierten es niemals abgesehen hätten, deutsche Vorschläge gelegentlich der Pariser Konferenz zu prüfen. Sie hätten angeblich nur die deutsche Forderung dieser Vorschläge gefordert, aber die deutsche Regierung sei nicht gewillt gewesen, auf dieses Verlangen einzugehen.

Die Behauptung des „Tempo“ ist unrichtig. Die deutsche Regierung ist weder zu einem mündlichen Vortrag, noch zu schriftlicher Vorlegung ihrer Vorschläge aufgefordert worden, obwohl sie sich bereit erklärt hätte, ihre Vorschläge der Konferenz schriftlich zu unterbreiten und mündlich eingehend zu erläutern, sobald Staatssekretär A. D. Bergmann ausdrücklich in diesem Zweck nach Paris entsandt worden war und während der ganzen Dauer der Konferenz zur Verfügung stand.

### Die Kohlenversorgung Süddeutschlands.

Die Kohlenversorgung Süddeutschlands ist, wie die „Frankfurter Zeitung“ von gut unterrichteter Seite erfährt, nicht unzulänglich. Industrie und Haushalt sind im allgemeinen auf Kohlen hinreichend gut versorgt. Nur fehlende Kohlenvorräte sind wenigstens für einen gewissen Teil durch Zufuhr von Kohlen und Holz aus Oberösterreich gedeckt worden. Auch hiesiger Braunkohlen und mitteldeutsche Braunkohlenvorkommen sind in beträchtlichen Mengen verfügbar. Im Eisenbahntransport ist die Kohlenversorgung zufriedenstellend, umso mehr, als auch im unbesetzten Deutschland keine Wagen mehr in die Besatzungszone hinausgelassen werden. Die Nachfrage nach englischer Kohle ist gering.

### Bohrens Vertrauen zum Reichskanzler.

**München, 21. Febr.** Bis zur Stunde ist weder in Berlin noch in München eine offizielle Verhandlung über die Aussprache zwischen dem Reichskanzler und dem bayerischen Ministerpräsidenten erschienen. Unsere Münchener Vertretung glaubt, folgende Einzelheiten über diese Aussprache veröffentlicht zu können:

Die Politik der Reichsregierung geht außerordentlich wichtigen Belangen entgegen. Die Kritik der Widerstandskräfte im Ruhrgebiet ist noch nicht erreicht, sondern steht noch bevor. Frankreich wird voraussichtlich in der aller nächsten Zeit den schwersten Druck auf den Widerstandswillen der Reichsregierung ausüben. Gleichzeitig mit diesem Druck von außen werden sich die Einkünfte im Innern verschärfen, die eine Folge des Durchhaltens ist. In Bayern hat man — darüber hat der bayerische Ministerpräsident den Reichskanzler nicht im Unklaren gelassen — das unbedingte und unerwiderte Vertrauen zum Reichskanzler, daß er nicht der Mann ist, der so schnell wegen innenpolitischer Schwierigkeiten sich von der Linie der von ihm als richtig erkannten Außenpolitik abwenden läßt. An der übergroßen Mehrheit des bayerischen Volkes wird der Reichskanzler, wenn er den beschrittenen Weg konsequent und mutig weitergeht, jederzeit einen treuen Bundesgenossen für seine Politik haben. Es ist ganz selbstverständlich, daß sich der Reichskanzler und der bayerische Ministerpräsident auch eingehend über das Lenkungsproblem auseinandergesprochen haben.

### Einmündige Verurteilung des französischen Rechtsbruchs durch die nordischen Staaten.

Der bekannte schwedische Oberst A. Petersen weist kurzlich in München und veröffentlicht in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ die Auffassung der nordischen Länder über den Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet. Der Oberst Petersen kommt zu dem Schlusse, daß Arbeiterschaft, Studenten und alle Sportfreize der nordischen Länder die Verurteilung des französischen Rechtsbruchs durch die nordischen Staaten im Ruhrgebiet verurteilen, daß die nordische organisierte Arbeiterschaft den Ueberfall auf das wehrlose Deutschland als ein Verbrechen betrachtet, daß große Massenveranstaltungen vorbereitet werden, daß in Finnland die Sportfreize daran denken, das Zusammenarbeiten mit Frankreich abzubrechen, was eine Kommunitarierung der Olympischen Spiele bedeuten würde, daß die nordische Studentenchaft dem französischen Kulturminister ein zorniges Entrüstungstelegramm über die französische Gewalttätigkeit geschickt hat und daß die nordischen und dänischen Arbeiter ebenso wie die schwedischen Sammlungen für die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes bereits einleiten. Der Oberst Petersen: Die einmündige Verurteilung der französischen Ruhrpolitik, deren Ziel jetzt allgemein eingesehen wird, durch die zentrale Welt wirkt sicherlich auf die Zeit auf die französische

Lebensfähigkeit ein, trotz aller Verluste der gefaßten Boulevardpresse, dem französischen Publikum die Kenntnis der Meinungsäußerungen des Auslandes vorzuenthalten. Die europäische Meinung kann durch ihren Druck einerseits die angelsächsische Welt stärken und sie zu einem Eingreifen bewegen, andererseits auf den besonnenen Teil des französischen Volkes dahin einwirken, daß es diejenigen davonjagt, die Frankreich und Europa ins Verderben und dem Untergang entgegenführen.

### Selbsthilfe.

In Buer ereignete sich gestern ein blutiger Zwischenfall. Ein Offizier, der einen Duffschied mit der Reibeiße geschlagen hatte, wurde von diesem durch Hammerschläge getötet. Der Schied schwang sich dann auf ein Pferd, das er gerade beschlagen wollte, und entfloh. Bisher konnte er von den Besatzungsstruppen nicht ergriffen werden. — Eine weitere Verletzung ereignete sich in Wehrholt. Ein betrunkenen Franzose, der von einem Zivilisten ins Quartier gebracht werden sollte, wurde erschossen.

### Verhaftung eines neutralen Journalisten.

Nach einer Drahtung des „Vorwärts“ soll ein Redakteur des „Amsterdamer Handelsblad“, der sich, um Filmaufnahmen zu machen, im Ruhrgebiet aufhielt, gestern abend von den Franzosen verhaftet und nach Düsseldorf gebracht worden sein.

In Brombauer sind von Franzosen die von der amerikanischen Anstaltsverwaltung zur Verteilung der Speisen für arme Kinder benutzten Keifel sämtlich mitgenommen worden.

### Der Reichspräsident an die Schutzpolizei.

**Berlin, 20. Febr.** Der Reichspräsident hat in einem Schreiben an den preussischen Minister des Innern, Severing, als Chef der Landespolizei seine aufrichtige Bewunderung über die Haltung der Schutzpolizei im Ruhrgebiet ausgesprochen. In dem Schreiben heißt es:

„Nicht nur die Ruhrbevölkerung, deren Schutz ihre Tätigkeit gilt, sondern ganz Deutschland zollt diesen tapferen Männern Dank und Bewunderung. Wenn man bereinst die Deutschen gegen die in späteren Zeiten sich in selbstloser Pflichterfüllung für den Bestand der deutschen Republik, für das Vaterland, eingesetzt haben, wird man sich der Führer und Beamten der Schutzpolizei im Ruhrgebiet besonders dankbar erinnern.“

### Auslegung einer inneren Goldbanknote.

**Berlin, 21. Febr.** In den Besprechungen im Reichsfinanzministerium mit den Vertretern einiger Berliner und auswärtiger Banken und Geschäftsmänner ist ein Einverständnis über die Art der Abwicklung der deutschen Banknotens in der Begehung von 20 Millionen Goldmark-Schatanweisungen erzielt worden. Es soll ein Konsortium gebildet werden, das 50 Millionen Dollar in hundertprozentigen Schatzanweisungen, die von der Reichsbank garantiert werden, zur öffentlichen Zeichnung gegen Verabreichung in Devisen oder ausländischen Noten auflegt. Das Konsortium soll die Anleihe zur Hälfte fest, zur Hälfte in Kommission übernehmen. Die Schatzanweisungen lauten auf den Inhaber und werden voraussichtlich in Stückeln bis zu 1 Dollar ausgegeben. Die Stückeln sollen bei der Darlehenskasse beibehalten sein. Dierdurch erhält das Publikum Gelegenheit zur Devisenanlage, die jederzeit zu billigen Zinssätzen beizubehalten ist, während auf der anderen Seite die Mittel des Reichs und der Reichsbank zur Veranschlagung der Devisenkurse auf lange Frist hinaus gehindert werden. — Ueber die Einzelheiten finden sich Besprechungen statt.

### Eine schwere Anlage gegen die Schöpfer des Versailles Vertrags.

**Berlin, 20. Febr.** Der Reichstag hat nach einer kurzen Pause, die allerdings von einer großen Anzahl von Abgeordneten inoffiziell noch verlängert wurde, weshalb der Saal gegenwärtig nur mit etwa 100 Mitgliedern besetzt war, am Dienstag seine Beratungen wieder aufgenommen und marschiert nun in raschem Tempo durch das gewaltige Gebiet des Innenministeriums hindurch. Eigentlich haben ja große Reden gar keinen Sinn, weil die Grundlagen, auf denen der Etat aufgebaut ist, durch unsere Geldentwertung längst überholt sind. Indessen, wenn auch Reden für beglückend, dann steigt die Arbeit nunmehr fort. Man ist beim Schluß angekommen, dem Restort des sozialdemokratischen Staatssekretärs Schulz. Da aber an dem Schulzprogramm noch herumgedoktert wird, blüht dieser Fragenkomplex unberührt. Auch Dr. Koenigs, der sozialdemokratische Schulz von Reichsminister, kritisierte an den Doctordokumenten herum, weil sie keine wackelnden Republikaner werden wollen. Frau Dr. Kay (D.) hielt eine Rede für die bessere Erziehung der Mädchen. Staatssekretär Schulz beantwortete hierauf in gedrängter Kürze mündliche Fragen, die ihm vorgelegt worden waren. Er teilte mit, daß das Reichsschulgesetz dem Kabinetts vorliegt. Schließlich wurde ein gemeinsamer Antrag angenommen, der die stärkere Veranschlagung des Englischen und Spanischen auf Kosten des Französischen vorschlägt, und nun wechselte man hinüber zum Etat der Hochschulpflege. Dabei lagte der deutschfunktionale Redner über die finanzielle Not der Reichshochschulkommunen, während der Zentrumredner ein Eingreifen zu Gunsten kultureller und gemeinnütziger Vereinigungen verlangte, deren Erhaltung im Interesse des Reiches liege, gleichzeitig aber auch forderte, daß das Innenministerium, das bisher halb zum Innenministerium und halb zum Arbeitsministerium gehört, neutralisiert wird. Herr Leser hat um längere Frist, da zur Zeit der Sparmaßnahmen die Mittel an der Arbeit ist, zu prüfen, wo Abhilfe oder Vereinfachungen möglich sind. Zurückbar ist das Bild, das der Direktor im Reichsgeheimdienstamt Baum vom Gesundheitszustand des deutschen Volkes gibt. Was er dazu mittelt, ist ein einziger Anklagefahnen gegen den Versailles Vertrag und seine Folgen. Die Sterblichkeit nimmt laufend zu, auch unter den Säuglingen, und dabei geht die Zahl der Geburten zurück. Die

Selbstmorde aus Verzweiflung mehren sich. Ein unbekannter Gelehrter ist neulich sogar verhungert. Die Hälfte aller Schüler ist unterernährt, in einzelnen Orten sogar drei Viertel von ihnen. Der Würgeengel der Hungersnöte geht wieder durch das Land. Im Westen wird durch die französische Besatzung ein Seuchenherd geschleht. Unter den niederdrückenden Wirkungen dieser Mitteilungen wurde dann die Beratung abgebrochen und das Haus vertagte sich auf Mittwoch.

### Zum Raub von Remel.

**Remel, 20. Febr.** Nach dem nun vorliegenden Wortlaut des Beschlusses der Völkervereinigung hat diese die Souveränität über das Remelgebiet Litauen unter folgenden Bedingungen übertragen: 1. die Völkervereinigung verzichtet zugunsten Litauens auf alle Rechte und Ansprüche auf das Gebiet, die im Artikel 9 des Versailler Vertrages formuliert worden sind; 2. Errichtung einer autonomen Regierung im Remelgebiet und einer Volksvertretung, sowie weiterer Einrichtungen, die Anerkennung der beiden im Gebrauch befindlichen Sprachen, Schutz und Gleichheit aller Einwohner, welches auch ihre Rasse, Sprache und Religion sei, gleiche Behandlung aller Landesangehörigen und Ausländer hinsichtlich der Ausübung der bürgerlichen Rechte und des Handels; 3. Organisation und Freiheit des Durchgangsverkehrs zur See.

### Ausland.

#### Ruhinterpellation im französischen Senat.

**Paris, 21. Febr.** Der Senator d'Estournelles de Constant hat an Poincaré einen Brief gerichtet, daß er infolge eines Unwohlseins die nächste Sitzung des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, in der Poincaré am heutigen Mittwoch Erklärungen abgeben wird, nicht besuchen könne, daß er aber die Absicht habe, den Ministerpräsidenten Poincaré über die Ergebnisse, die er von der Ruhrbesetzung erwartet, zu interpellieren. In dem Brief heißt es weiter: „Ich bleibe bei der Ansicht, daß eine öffentliche Aussprache über dieses folgenschwere Unternehmen im Senat stattfinden muß, ohne daß dadurch die deutsche Regierung zu einer unerlauterten Haltung ihren Verpflichtungen gegenüber ermutigt wird, und ohne daß die Unterdrückung durch andere Verbündeten dadurch in Frage gestellt wird. Ich glaube, daß das Gegenteil richtig ist. Die deutsche Regierung rechnet mit unserer Forderung. Darin liegt ihre ganze Stärke. Wir haben den Krieg nur dank der Unterstützung unserer Verbündeten gewonnen und wir können auch den Frieden nicht ohne unsere Verbündeten wieder herstellen, für die er ebenso wichtig ist wie für uns und die ganze Welt.“

#### Fällung der Rede Bonar Law's durch Hobas.

**Paris, 18. Febr.** Wegen der halbamtliche Kopierstempel der französischen Regierung erheben die linksrepublikanischen Zeitungen Klage wegen Verunstaltung der englischen Regierungserklärung. In den von der Hobas-Agentur aus London gelieferten Berichten fehlte nicht weniger als folgendes: die Erklärung Bonar Law's über Frankreichs Plan, Deutschland Zahlungen aufzuerlegen, die es nicht erfüllen könne; die Mahnung, daß nach Zurückziehung der englischen Soldaten vom Rhein die Entree cordiale in weitem Maße aufgehoben sein würde; die Anregung, das Reparationsproblem dem Völkervertrag zu übergeben. In der „Information“ herrscht über es: „An der Unterdrückung der wichtigsten Stelle bei den drohenden Druck der Entente erkennt man, daß auch die offiziellen Stimmungsgeber ängstlich geworden sind. Bonar Law hat ihnen zu deutlich geäußert. Wir wollen sehen, wie lange das Oberde, Frankreich und Belgien können an der Ruhr Politik auf eigene Hand treiben, noch vorbehalten wird.“

#### Cuno oder Poincaré!

**London, 18. Febr.** Der Leitartikel des liberalen Blattes „Daily News“ resümiert den Standpunkt Bonar Law's in der Interventionsfrage folgendermaßen: „Unser Premierminister gibt zu verstehen, daß er von den heutigen Regierungen in Berlin und in Paris keinen Verhandlungsschritt erwartet. Entweder Poincaré oder Cuno — einer von beiden muß verschwinden. Poincarés Abgang wäre uns angenehmer.“

#### Ein weicher Raub.

Die Kopenhagener Zeitung „Politiken“ veröffentlicht eine Unterredung, die ein Mitarbeiter des Blattes in Paris mit dem General Sarrail, dem früheren Oberkommandierenden im Orient, über die Ruhrpolitik gehabt hat. Sarrail erklärte u. a., er habe den Eindruck, daß die Politik der französischen Regierung Frankreich für immer des Rufes des Edelmutes berauben werde, den die große Revolution Frankreich verschafft hätte. Er würde sich freuen, wenn er die öffentliche Meinung darüber aufklären könnte, daß es in Frankreich neben Poincarés Bewunderern auch Männer gebe, die seiner Politik nicht folgen und den Weg der gesunden Vernunft, d. h. der internationalen Verständigung, beschreiten wollen. Die Tatsachen zeigten, welche Mißerfolge die Besetzung ergeben habe.

#### Die russischen Kommunisten.

Die Rechtskommunisten, die an der Futtertrübe sitzen, werden von den Linkskommunisten, die vergeblich nach fetten Bränden angeln, grimmig beschödet. Im Auftrag der kommunistischen Fronte hat nun der Linker Schatzpultow eine Streitschrift verfaßt, die den volkstümlich sehr beziehungsreichen Titel „Kerwan-Kommunisten“ führt. In Wirklichkeit hat der Titel mit „Kerwan“ nichts zu tun, sondern bedeutet „Kommunisten als Vertreter der neuen Wirtschaftspolitik“. Um so mehr entspricht der Inhalt dem auch in Deutschland geläufigen Begriff. Es werden nämlich sensationelle Enthüllungen über eine Reihe von Führern der kommunistischen Partei veröffentlicht. Unter anderem werden Trozki, Krasin und der frühere Bankräuber und Einbrecher Krasnowitschew, der





verlor, und zu erwidern wagte: „Ich werde so lange hinaus-  
gehen, bis Sie sich anständig benehmen.“ Da können Sie  
gleich ganz fortbleiben!“ schrie ihr Dohé wütend nach.

### Handel und Verkehr.

**Feldbrennack, 20. Febr.** Der heutige Viehmarkt war  
widerungsgläubiger nur mäßig befüllt mit 23 Rindern und  
Faldimern, 1 Rindern, 15 Kälbern, 4 Stieren, zusammen 46  
Stück. Preise hoch, Handel flau. Der gleichzeitige Rindern-  
markt war ganz unbedeutend.

### Neueste Nachrichten.

**Osternberg, 21. Febr.** In den letzten Tagen erfolgten  
bei den hier befindlichen französischen Truppen zahlreiche  
Defektionen, namentlich elksässischer Soldaten. Auf den Land-  
straßen wurden vielfach weggeworfene Uniformstücke und  
Waffen gefunden. Die Deserteur versuchen, ihre Militär-  
pässe zu verkaufen.

**Frankfurt a. M., 21. Febr.** Die von dem deutsch-  
nationalen Jugendbund für den 22. Februar in Aussicht  
genommene Veranstaltung, in der Oberst v. Zolander sprechen  
sollte, ist aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und  
Ordnung verboten worden.

**Mainz, 21. Febr.** Bei der gestrigen Arbeitsniederlegung  
auf der Post handelte es sich bekanntlich um einen Protest-  
streik gegen die Verhaftung des Postdirektors Klingelhöfer.  
Um 1 Uhr mittags war die Wiederaufnahme der Arbeit  
vorgesehen, doch konnte der Dienst nicht wieder aufgenommen  
werden, weil inzwischen das Postamt und das Telegraphenamt  
mit französischen Truppen besetzt worden waren und für die  
Wiederaufnahme des Dienstes die gemeldete Vorbedingung  
gestellt wird. Infolgedessen ruht der Betrieb bei dem Post-  
amt in Mainz sowie beim Telegraphenamt vollständig. Die  
Deutschen Banken hatten gestern geschlossen. Dieser für 24  
Stunden vorgesehene Streik richtete sich in der Hauptsache  
gegen die Verteilung verschiedener Bankdirektoren durch das  
französische Gericht wegen Auszahlung von Geldern an die  
Eisenbahner. Die Banken haben heute den Dienst wieder  
aufgenommen.

**Birkenfeld, 21. Febr.** Mitglieder des Fortkomitees  
der Rheinlandkommission drangen in Begleitung bewaffneter  
französischer Soldaten in die Kanzlei des Fortmeisters in  
Birkenfeld ein und nahmen einige Aktenstücke an sich. Dies  
geschah unter dem Widerspruch des hinzukommenden Regie-  
rungspräsidenten Dorr, der eine Mitteilung bei der Aus-  
führung der neuen Anordnung der Rheinlandkommission  
mündlich und schriftlich ablehnte.

**Köln, 21. Febr.** Die Strecke Neuwert—Neersen—Willych  
infolge der Besetzung durch fremdes Personal von den  
deutschen Eisenbahnern geräumt worden. Die Besatzungs-  
behörde hat angeordnet, daß die Dienstströme der Güterab-  
fertigungsfelder Grefeld von dem deutschen Eisenbahnpersonal  
 verlassen werden müssen. In den Grefelder Güterab-  
fertigungsfelder keine Güter mehr. Auf dem Bahnhof Honnef-Sieg  
haben französische Kontrollposten Langzugsgut ausgewiesener  
bestimmter Beamten beschlagnahmt.

**Düsseldorf, 21. Febr.** Im Landkreis Bochum meldet  
die Landwirtschaftsstelle, daß die Franzosen Weideplätze zu  
Sportplätzen und Fuhrparks einrichten. Da dadurch die  
Vollerzeugung gefährdet wird, weil es im Frühjahr  
nicht möglich sein wird, das Vieh auf die Weideplätze zu  
führen, hat der Landrat des Landkreises Bochum den Be-  
sitzhabern der französischen Truppen ersucht, diesen das Ver-  
bot von Weideplätzen zu verbieten.

**Bochum, 21. Febr.** Oberbürgermeister Jarres von  
Bochum, der, wie gemeldet, vom belgischen Kriegsgericht zu  
einem Monat Gefängnis verurteilt worden ist, hat gegen das  
Urteil Berufung eingelegt. Die neue Verhandlung vor dem  
Kriegsgericht findet am 28. Februar in Aachen statt.

**Offen, 22. Febr.** General Depoutte hat einen Befehl  
erlassen, nach dem den deutschen Ministern der Aufenthalt  
im Einbruchgebiet verboten ist. Die Polizeibehörden und  
die öffentlichen Organe sind angewiesen, die Minister beim  
Betreten des Einbruchgebietes festzunehmen und dem Militär-  
gericht der Besatzungstruppen zuzuführen. Falls das nicht  
möglich ist, werden die angebrohten Sanktionen (Verhaftung  
in Städte und Ortschaften) durchgeführt werden.

**Offen, 22. Febr.** Das Polizeipräsidium ist von den  
Franzosen noch immer nicht freigegeben worden. Die fran-  
zösischen Truppen haben aus dem Präsidium sehr viele  
Waren fortgeschleppt, so z. B. von der Wucherabteilung  
beschlagnahmte Waren wie Wein, Tabak, Lebensmittel usw.;  
auch Kleider der Schupobeamten haben sie weggenommen.  
Aus dem Bureau des Einrichtungsgehilfen Peterken in  
der Kautensfelder Straße führten die Franzosen einen Geld-  
schrank fort. Während dieses Vorganges handten 10 Posten  
vor der Tür. — Wegen Nichterhörens wurden von dem  
Kriegsgericht in Oederberg zwei Polizeileutnants zu einem  
Jahr, drei Monaten Gefängnis und je 200000 M. Geld-  
strafe verurteilt. Ein Polizeimeister erhielt 6 Monate  
Gefängnis und 200000 M. Geldstrafe, fünf andere je  
8 Tage Gefängnis und gleichfalls je 200000 M. Geldstrafe.

**Vormund, 22. Febr.** Gestern wurde hier der Kommandeur  
der Schupo, Oberst Daniels, verhaftet. Er soll vor ein  
Kriegsgericht gestellt werden.

**Leipzig, 22. Febr.** Die Aufnahme von Franzosen und  
Belgen in Leipziger Hotels während der dreijährigen Frei-  
heitsjahre ist durch einen Beschluß der Leipziger Hotelierver-  
einigung abgelehnt worden.

**Stendal, 21. Febr.** Aus dem Bürgerpark haben un-  
bekannte Diebe das Bronce Denkmal Schillers, das anlässlich  
des hundertsten Todestages des Dichters im Jahre 1905  
errichtet worden war, gestohlen. Man nimmt an, daß sie  
die wertvolle Bronzestatue zerhacken und nach Berlin ge-  
bracht haben. Der Stendaler Magistrat beabsichtigt jetzt,  
aus wertvollem Material bestehenden Denkmäler vor-  
sichtig in sichere Verwahrung zu nehmen.

**Berlin, 21. Februar.** Wie die „Zeit“ hört, ist im  
Vorhause ein Vorgehen verschiedener Parteien in Vorbe-

ereitung, um Minister Gröner zu veranlassen, im jetzigen  
Augenblick von einer abermaligen Erhöhung der Frachtsätze  
abzusehen.

**Stettin, 21. Februar.** Heute vormittag brach in der  
Stettiner Papier- und Pappfabrik aus unbekannter Ur-  
sache ein Feuer aus. Eine Reihe großer Lagerschuppen ist  
niedergebrannt. Ebenso sind 180 Eisenbahnwagen, die mit  
Papier beladen waren, verbrannt. Da der Wind die  
Flammen ins Freie trieb, blieb das Fabrikgebäude unver-  
letzt, jedoch der Betrieb nicht geführt ist.

**Budapest, 21. Febr.** In die Wohnungen des Abgeord-  
neten Kassay und des Chefbedienten des „A. G. K.“, Miklos,  
wurden von bisher noch nicht ausfindig gemachten Tätern  
durch Dienstmänner zwei Palette geschickt, die den Verdacht  
der Polizei erregten und Sachverständigen zur Untersuchung  
übergeben wurden. Bei der Öffnung stellte sich heraus,  
daß sie Handgranaten und einen Zettel mit der Aufschrift  
enthielten: „Herliche Grüße von den 11ern.“ Der  
Minister des Innern, Kalowski, ordnete selbst die strengste  
Untersuchung an.

**Paris, 21. Febr.** Der belgische Ministerpräsident ist  
heute nachmittag in Paris angekommen und hat sich sofort  
nach dem Quai d'Orsay begeben. Dort fand ein Frühstück  
statt, an dem nach Davos der Kriegsminister, der Finanz-  
minister, die Minister für öffentliche Arbeiten und die be-  
freiten Gebiete, Marichall Foch, General Weygand, der belgi-  
sche Vizepräsident in Paris und der Direktor im Ministerium  
des Neuziers, Peretti della Rocca, teilnahmen. Nach Be-  
endigung des Frühstücks hat eine Konferenz begonnen, die  
sich hauptsächlich, wie das „Journal des Debats“ mitteilt,  
mit der Frage der rheinischen Währung und der Ausfuhr  
der deutschen Produkte aus dem Ruhrgebiet nach dem unbe-  
setzten Deutschland befaßte.

**Paris, 21. Febr.** Die von den Engländern den fran-  
zösischen Besatzungstruppen abgetretene Eisenbahnstrecke im  
Nordwesten der Kölner Zone ist vorgestern den Franzosen  
übergeben worden. Wie die Morgenblätter melden, haben  
die Eisenbahner der neubefreiten Strecke es abgelehnt, unter  
den militärischen Behörden den Dienst zu tun und die Arbeit  
eingestellt. Schwere Sabotageakte seien nicht zu verzeichnen.

**London, 21. Februar.** Das Unterhaus erörterte gestern  
einen Änderungsantrag der Unabhängigen Liberalen zur An-  
nahme der Thronrede, worin auf die unverzügliche  
energische Einschränkung der britischen Verantwortlichkeit in  
Mesopotamien gedrungen wird. Der Antrag wurde mit  
273 gegen 167 Stimmen abgelehnt.

**Dublin, 22. Februar.** Die Aufständischen unternahmen  
einen planmäßigen Angriff gegen die Kammer der Freistaats-  
regierung. Die Truppen erwiderten das Feuer auf die An-  
griffe, die verlustig waren, die Bureaus in Brand zu stecken.  
Das Einkommensteueramt steht in Flammen. Der Kampf  
im Zentrum der Stadt dauerte eine Stunde. Es wird eine  
Anzahl Verluste gemeldet.

**Bukarest, 21. Febr.** Gestern begann vor dem Kriegs-  
gericht der Prozeß gegen 7 Ungarn, die beschuldigt werden,  
einen Anschlag auf das Leben des Königs verübt zu haben.  
Die Angeklagten haben zugegeben, der Gesellschaft „Das  
ermachende Ungarn“ anzugehören. Der Anschlag wurde in  
Budapest gegen den König in seiner Eigenschaft als Staats-  
oberhaupt vorbereitet. Der Hauptangeklagte Turocz er-  
klärte, die Gesellschaft „Ermachendes Ungarn“ unterhalte  
enge Beziehungen mit den Faschisten und den deutschen  
Geheimverbänden.

**Konstantinopel, 22. Febr.** Nach einer Erörterung mit  
dem Rat der Kommissare in Angora hat Fined Pascha eine  
Erklärung vor der Kommission für auswärtige Angelegen-  
heiten der Nationalversammlung abgegeben, in der er sagte,  
daß er alles getan habe, um in Lausanne zu einer Verständ-  
igung zu gelangen. Es seien große Zugeständnisse gemacht  
worden, aber die unnachgiebige Haltung Frankreichs bezüglich  
der finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen habe die  
Unterbrechung der Konferenz herbeigeführt. Er sei indessen  
überzeugt, daß Frankreich seine Haltung ändern werde, wenn  
es erkenne, daß seine wirklichen Interessen auf dem Spiele  
stünden.

### Württembergischer Landtag.

**Stuttgart, 21. Febr.** Der Landtag leitete in seiner heuti-  
gen Sitzung die Anträge Winter (Soz.) betr. Grundsteuer nach  
dem gemeinen Wert und betr. Auskunft über die Steuererläge  
Daimler ebenso wie einen Antrag auf Ermäßigung der Wan-  
dergewerbesteuer ab und befaßte sich in fortgesetzter Statbera-  
tung zunächst mit der Kriegsbeschädigtenfürsorge, die von Red-  
nern aller Parteien als mangelhaft und revisionsbedürftig be-  
zeichnet wurde. Minister Reil erklärte, die letzte Erhöhung der  
Zuweisungsschüsse stehe bevor. In Württemberg wurden  
4623 Kriegsbeschädigte und 6078 versorgungsberechtigte Din-  
terbliebene gezählt. Es ist Sache des Reichs, das Versorgungsgel-  
deh zu ändern. Beim Kapitel Zentralstelle für die Land-  
wirtschaft wurde eine Reihe von Wünschen laut, und zwar be-  
treffend die Rechtsaufhebung, Förderung der Fischerei, der  
Entwässerung, des Obflusses, der Feldbereinigung, der Kalt-  
blutverdünnung und der Viehpräparierungen. Eine längere Aus-  
sprache knüpfte sich auch an das Kapitel Landesgewerbeamt.  
Mehrere Anträge erstrebten Anpassung der Staatspositionen an  
die Geldwertveränderung, ein Antrag wollte außerdem die Erhöhung  
des Beitrags an die Gewerkschaften für Betriebsräte. Im  
Mittelpunkt der Debatte standen die Frage der Lehrlingsaus-  
bildung und ein Antrag Wund auf Verbot der Verarbeitung  
von Nahrungsmitteln in Alkohol. Beim Kapitel 3 (Dandels-  
und Gewerbeaufsicht) entstanden längere Erörterungen. Die  
Beratung mußte jedoch abgebrochen werden, da das Haus be-  
nahe leer war. Fortsetzung Donnerstag 9 Uhr.

### Französischer Schiffraub auf dem Redar.

Aus Mannheim wird ein Piratenstückchen der Franzosen  
gemeldet. Die Franzosen beschlagnahmten die leeren unbeden-  
kten Rähne „Dedwig“ und „Alara“, die im offenen Redar lagen  
und klebten sie weg. Die „Dedwig“ war ohne Besatzung,  
während sich auf der „Alara“ der Schiffseigentümer und die  
Mannschaft befanden, die von den Franzosen mitgenommen  
wurden.

Abzug der französischen Truppenverhärten aus  
Gelsenkirchen.

Gelsenkirchen, 21. Febr. Heute vormittag zwischen neun  
und zehn Uhr hat die französische Besatzung unter Jurid-

lassung der bereits vor der Strafexpedition ausgewiesenen Be-  
satzung Gelsenkirchen in der Richtung Buer—Kloppinghausen  
wieder verlassen. An Stelle der nicht erlegten Geldbusse von  
100 Millionen Mark haben die Franzosen alle requirierten  
Sachwerte mitgeben lassen. Auf dem Hauptbahnhof Gelsen-  
kirchen ist der Dienst bereits wieder aufgenommen. Post und  
Schutzpolizei nahmen heute nachmittag ebenfalls ihren Dienst  
wieder auf. Auf der Strecke Creeld—Dillen ist durch den Zu-  
sammenstoß zweier von landfremdem Personal geführtenzüge  
die Eisenbahnstrecke für einige Tage gesperrt.

**Gelsenkirchen, 22. Febr.** Gestern hatte Baurat Ahrendt  
mit dem französischen General Schuler eine Besprechung, in  
der dieser in einer offiziellen Ansprache erklärte, daß die fran-  
zösischen Truppen Gelsenkirchen verlassen würden, da die 100  
Millionen Mark Busse von ihnen zusammengebracht worden  
seien. Der Betrag setzte sich aus 83 Millionen holländischer Gelder  
und 17 Millionen von der Eisenbahn zusammen. Ahrendt er-  
ob nochmals Protest gegen diese Eingriffe in die Rechtsbe-  
stände der Behörden. Der General nahm den Protest zur  
Kenntnis. Auch mit dem Kommandeur der Schupo, Major  
Kunow, verhandelte der General, dem er auf seine Frage nach  
dem Verbleib der verhafteten Schupobeamten erklärte, daß  
man, falls sich die von den Franzosen als schuldig bezeichneten  
Beamten nicht melden würden, ein gerichtliches Verfahren ge-  
gen Unbekannt einleiten und dann weiterhin die 6 Beamten als  
Verfehl in Haft behalten werde.

### Wieder ein Eingriff in die deutsche Staatshoheit.

**Berlin, 21. Febr.** Wie dem „Korrespondenz“ aus dem Ruhr-  
gebiet gemeldet wird, haben die Besatzungsbehörden die Ver-  
setzung von deutschen Beamten im besetzten Gebiet von ihrer  
Genehmigung abhängig gemacht. Gleichzeitig wurde den deut-  
schen Behörden verboten, an Stelle der ausgewiesenen Beamten  
neue Kräfte zu ernennen und jede mündliche oder schriftliche  
Dienstverweisung unterzagt. Der Regierungspräsident König  
hat die Durchführung dieser neuen Verfügung der Besatzungs-  
behörde abgelehnt.

### Von der deutschen Goldanleihe.

**Berlin, 21. Febr.** Heute nachmittag sollte die zur Durch-  
führung des Planes der Schaffung eines werbefähigen Pa-  
piers gewählte Kommission unter dem Vorsitz des Reichsbank-  
präsidenten Hagenstein zusammentreten, um die einzelnen  
Punkte des Programms festzulegen. Eine offizielle Zusammen-  
kunft mit Vertretern der Industrie, die für morgen angesetzt  
war, ist zunächst verschoben worden. An der Bereitwilligkeit  
der Industrie, die Regierung zu unterstützen, ist indessen nicht  
zu zweifeln. Die kleinsten Stücke der Anleihe sollen etwa  
2000 Papiermark betragen. Die Anleihe selber ist nur ein  
Teil von der Reichsregierung betriebenen Aktion zur dan-  
erenden Stützung der Mark. Nach Angaben verschiedener Ber-  
liner Blätter, die dem Gedanken der Goldanleihe prinzipiell  
vollständig beipflichten und in dem rufen, in dem Zustandekommen  
einer ersten Vereinbarung einen Erfolg des Reichsfinanzmini-  
sters sehen, ist man in den Kreisen der Ansicht, daß die auszu-  
gebende Schatzscheine mit 6 v. H. bei einem Kurs von 100 v.  
H. eine gute Aufnahme finden würden. Man hofft, daß dieser  
hohe Zinssatz zusammen mit dem Garantiegiro der Reichsbank  
ausreichen wird, um den Erfolg der Anleihe zu verbürgen. Die  
Stücke der neuen Goldanleihe werden äußerlich im Format aller  
Bauschneideanleihe nach den 1000-Mark Scheinen ähneln. Ueber  
die Goldschneideanleihe wird im einzelnen von anderer Seite noch  
berichtet: Der Zinssatz der Goldschneideanleihe ist nachträglich auf  
zwei 6 v. H. herabgesetzt worden, so daß z. B. das größte Stück  
von je 100 Dollar rückzahlbar sein wird mit ungefähr 120  
Dollar. Zinsscheine bekommen die Abzinsung nicht. Sonst be-  
dürfen noch alle Einzelheiten der Festsetzung. Der Aufbesse-  
rung des Zinssatzes von ursprünglich geplanten 5 auf 6 v. H.  
steht gegenüber die längere Laufzeit von 3 Jahren. Dem Ver-  
nehmen nach soll die Besatzungsbehörde bis 30 v. H. in Pa-  
pierten oder Papierchen geben. Die Emissionen sind noch in  
der Bildung. Sie soll ähnlich werden den alten großen, über  
das ganze Reich erstreckten Reichsanleihegruppen. Die Reichs-  
bank führt, ob z. B. die Verhandlung mitteilt, die sich vielleicht  
für andere Aufgaben freihalten muß, und auch keine Devisen  
besteht, bleibt abzuwarten. Die Reichsanstalten verhandeln be-  
reits auch mit der Großindustrie wegen ihrer Mitbeteiligung.  
Die Banken betrachten die Angelegenheit nicht als Erwerbssch-  
schaft, also könnten die Industriellen das gleiche tun. Die Fi-  
nanzverwaltung beabsichtigt, wie wir erfahren, aus dem An-  
leiherlös einen Devisenausgleichs fonds zu bilden, um die Stüt-  
zung der Währung in der Form, daß der Fonds bei Bedarf un-  
ter Ministerien — z. B. Ernährung, Eisenbahn usw. — in  
Vorlage tritt, sich von ihnen in Mark bezahlen läßt und daraus  
jeweils wieder angefüllt wird. Nachschüsse in Reichsmark ge-  
hen zu Lasten des Staates. In wiederholten Briefen, daß die  
Reichsbank nicht auch in Mark einzahlen können, sondern lediglich  
in Goldscheinen, aber nicht ausschließlich in Dollar. Welchen  
Anrechnungskurs man wählen wird, ob etwa ein zehnjähriger  
Durchschnitt vor der Zeichnung oder vor der Einzahlung, das  
und viele andere Einzelheiten stehen noch nicht fest.

### Die deutsche Einigkeit.

Zu wilden Schlägereien kam es gestern aus Anlaß einer  
Beratung, zu der die Deutschvölkische Freiheitspartei nach  
dem Kriegerversammlung in Berlin geladen hatte. Wie sich  
bald herausstellte, waren auch zahlreiche Kommunisten er-  
schienen, die bei der Rede des Parteivorstandes, des Reichstags-  
abgeordneten v. Graefe, die Internationale anstimmten. Die  
Völkischen antworteten mit: „Deutschland über alles“ und dem  
Lied der Oberhardtbrigade: „Gutenkreuz am Stabildem“. Es  
gab eine regelrechte Prügelei mit blutigen Köpfen auf beiden  
Seiten. Vergebens rief in den Tumult ein Arbeiter aus Offen  
hinein, welcher unter Hinweis auf die Lage im Ruhrrevier zur  
Einigkeit mahnte. Inunterließ räumte die Schutzpolizei den  
Saal; eine Reihe der Kämpfer wurde festgenommen. (Wenn  
die Berliner Radikalen von links und rechts die Rot so am ei-  
genen Leibe verübten wie die Leute im Ruhrrevier, wären  
solche bösslichen Vorkommnisse nicht möglich. Schriftl.)

### Die Wahrheit darf nicht aus Tageslicht kommen!

**Amsterdam, 21. Febr.** Der Berliner Korrespondent des  
„Allgemeinen Handelsblatt“ meldet seinem Blatte aus Ederfeld  
vom 20. Februar, abends: Ich habe am Sonntag nachmittag  
in Gelsenkirchen Gelegenheit gehabt, mit zwei Filmoperatoren  
die ich zwecks Feststellung der wahren Tatsachen in das Ruhr-  
gebiet mitgenommen hatte, Filmaufnahmen zu machen von  
Straßenszenen in der Nähe des Rathauses, die ich brieflich nach  
im einzelnen beschreiben werde. Ich schreibe voraus, daß ich für  
Filmaufnahmen im ganzen besetzten Gebiet, auch im Ruhr-  
gebiet, die spezielle Genehmigung des kommandierenden Gene-  
rals Depoutte hatte und daß ich meine Aufnahmen in Gelsen-  
kirchen erst angefangen hatte, nachdem ich dem zuständigen Of-  
fizier meine Erlaubnis ausdrücklich gezeigt hatte. So war ich  
zufällig in der Lage, verschiedene kinematographische Bilder  
aufzunehmen von der vollkommen hilflosen, provozierenden

### Neue Befehle.

an den täglich erscheinenden „Kurier“ werden fort-  
während von aller Postankunft und weiteren Auszügen  
entgegengenommen.



